

# Schlesische

# Wohltätigkeit

## Rüstet zum ersten Großwerbetag für die Presse am Sonntag, 15. Februar!

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Die Zeitkne“, „Die Kommunistin“, „Der Jungprolet“, „Die Rote Eichel“.

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Gottesberg, Niederhermsdorf, Seltenhof, Neu-Salsbrunn, Wehkeim, Wätzelgraben.

**Anzeigenpreis:** Die 10gepaltene Millimeterzeile ob. deren Raum 10 Goldpfennig. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Veranlassungsanzeigen 5 Goldpfennig. — Meldeamt-Preis: Die Millimeterzeile 3gepaltene ob. deren Raum im Text 50 Goldpfennig

Mittwoch, 11. Februar 1925.

**Bezugspreis:** Bei wöchentlich 6 maligem Erscheinen monatlich 1,25 Gm. wöchentlich 20 Pf. Einzelne durch Staatsabst. u. Abst. 10 Pf. Redaktion und Expedition: Breslau, Tschelapstr. 10. — Postfach 2000. Breslau Nr. 544 — Fernsprecher: Breslau, Ring 2687.

# Der Strafantrag im Hamburger Prozeß.

## 66 Jahre Festung!

(Eigener Drahtbericht.)

Hamburg, 11. Februar.

Nach 11 Uhr wurden gestern vormittag die Strafanträge des Staatsanwalts im Prozeß gegen Urbahns und Genossen bekanntgegeben. Der Staatsanwalt beantragt:

für Urbahns wegen vollendeten Hochverrats		15 Jahre Festung
„ Frehe	„	12
„ Röpken	„	12
„ Behh	„	8
„ Jensen	Beihilfe zum Hochverrat	6
„ Schable	„	5
„ Rühl	„	5
„ Eiler	„	3

Für alle Angeklagten soll Hochverrat in Tateinheit mit § 7 des Republiksschutzgesetzes in Frage kommen. Die Anklagerede des Staatsanwalts war ein Beweis für den Zusammenbruch der Anklage.

## Der erste Tag des Tschelapprozesses.

(Eigener Drahtbericht.)

Leipzig, 11. Februar.

Der sogenannte „Tschelapprozeß“ hat begonnen. Das Niedersächsisches Landgericht tagt unter strengem Polizeischutz. Die Verhandlungen wurden gegen 10 Uhr eröffnet. Auf der Anklagebank nahmen 16 Angeklagte Platz, je rechts und links unter Beobachtung eines Schupmannes. Viele werden später umgruppiert. Zunächst entscheidet der Staatsgerichtshof über die Anträge der Verteidigung. Die Ladung des Senatpräsidenten Niebner, der die Verhandlungen leitet, als Zeuge, wird abgelehnt, ebenso der Antrag, den Genosse Wolff im Namen der kommunistischen Verteidiger wegen Befangenheit gegen Niebner rüchelt. Letzterem Antrag schlossen sich sogar die nichtkommunistischen Verteidiger an. Ferner protestierten die Verteidiger dagegen, daß den Angeklagten das Schreibmaterial und ihre Koltzen fortgenommen worden seien. Dann folgt die Feststellung der Personalien der Angeklagten. Wir werden noch ausführlicher berichten.

Antäufe von Devisen zu eigenem Vorteil begünstigt habe. Ferner soll die Frage geklärt werden, ob sich Bauer dadurch eine strafbare Verletzung der Schweigepflicht habe zu Schulden kommen lassen, daß er den Gebrüder Barmsch politsche und wirtschaftliche Informationen aus Reichsstellen zugeleitet habe, auf Grund deren die Gebrüder Barmsch Devisenspekulationen zum Schaden der Währung des Reiches vorgenommen hätten.

## Hölle verhaftet!

Leipzig, 11. Februar.

Der frühere Reichspostminister Dr. Hölle, Zentrumsgesandter, ist wegen der gegen ihn erhobenen Anklage auf Korruption und passiver Bestechung nach einer Vernehmung im Gerichtsgebäude festgenommen worden.

Wann folgt die Verhaftung von Bauer, Richter und Heilmann? Das Justizhaus mit allen Helfershelfern der Großdieber!

## Todesurteile gegen Schieber — in Rußland.

Moskau, 10. Februar.

In dem Prozeß gegen den Kazarstirruß in Leningrad, in dem es sich um große Schieberungen und Unterschlagungen in staatlichen Unternehmungen handelt, wurde münchener das Urteil gefällt. Der Leiter des Trustes, zwei Filialleiter, ferner zwei Verwalter von staatlichen kommerziellen Unternehmungen und ein Kaufmann wurden zum Tode verurteilt. Weitere 16 Angeklagte, durchwegs Kaufleute und höhere Beamte des genannten Trustes, wurden zu Kerkerstrafen von 8 bis 11 Jahren verurteilt. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Sowjetrußland zeigt den deutschen Arbeitern mit diesem Urteil den Unterschied zwischen einem Arbeiterstaat und der kapitalistischen Republik Deutschland, in der — wie in jedem anderen bürgerlichen Staat — das Schieber zu den notwendigen „Geschäftsmanövern“ gehört. In den Untersuchungsausschüssen der Parlamente wird bereits unter der Parole, daß man „auf den Kern der Sache zurückkommen muß“, der Versuch des Bertuschens gemacht. In Rußland dagegen arbeiten die proletarische Justiz und räumt mit Schiebern, Wucherern und Gaunern gründlich auf!

## Vom Tage.

In Ludwigshafen findet ein Prozeß gegen 25 Anilinarbeiter statt, die bei einer Aushungerungsdemonstration verhaftet wurden, obwohl die Vorgänge unter das Landrecht-Annektionsabkommen fallen.

In Prag fand eine Massendemonstration gegen die Feuerung statt, die von der Polizei überfallen wurde. Zahlreiche Demonstranten und zehn Polizisten wurden verwundet.

Die Zahl der Erwerbslosen im „Janetten“ Oesterreich ist auf 222.000 gestiegen. (Stimmen kommunistischer Arbeiter)

## Militärische Verschwörung oder bewaffnetes Proletariat?

### Das Klüggewebe im Tschelapprozeß.

Wir haben in nachstehendem Artikel, den wir von besonderer Seite erhielten, wegen des scharfen Brudes der Justiz auf die kommunistische Presse, gewisse Ausführungen, die jeder Kommunist längst versteht, gekriegen. Die Red.

Als einen besonderen Coup im Leipziger Spindelprozeß glauben die Stützen der Republik und der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik den Nachweis erbringen zu können, daß die kommunistische Partei im Oktober 1923 ihre politischen Ziele mittels militärischer Verschwörergruppen verfolgt habe. Die Aigenmeile der bürgerlichen Presse und nicht zuletzt der sozialdemokratischen Presse kolportieren planmäßig die abenteuerlichsten Schwindelnachrichten in die Welt. Mit Handgranaten, Sprengstoffen und mit allen möglichen Schießwaffen habe die kommunistische Partei Stoktruppen ausgerüstet, um den blutigen Bürgerkrieg zu provozieren. Ein leibhaftiger General der Roten Armee sei außerdem in Deutschland tätig gewesen, um hier die militärischen Vorbereitungen zum gewalttätigen Umsturz zu treffen! Riesige Lager von Waffen und Sprengstoff seien angelegt worden!

Diese Tendenzmeldungen und die vom Oberreichsanwalt konstruierten Anklagen, die sich auf Berichte erbärmlicher Spindelschneiderei und Agentsprovokatoren stützen, sind schon wiederholt durch die vielen Hochverratsprozesse, die vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig stattfanden, widerlegt worden. Soweit kommunistische Mitglieder und die übrige Arbeiterschaft im Herbst 1923 im Besitz von Waffen, Sprengstoff usw. waren, wurden diese Waffen durchweg den Faschisten abgenommen, um nicht wehrlos dem faschistischen Terror und dem Staatsstreich ausgeliefert zu sein.

Die kommunistische Partei hat jederzeit offen ihre Ziele und die Mittel und Methoden, diese Ziele zu erreichen, klargelegt. Und sie hat der deutschen Arbeiterschaft seit 1918 mit aller Kraft eingeschämert, daß nur die bewaffnete Arbeiterschaft das letztere Fundament für die endgültige Niederschlagung der Reaktion und der Errichtung der Diktatur des Proletariats ist. Diese Erkenntnis hat auch das Gros der deutschen Arbeiterschaft in den vielen Kämpfen, die sie mit der Reaktion und den Weisgardisten zu bestehen hatte, sich selbst gesammelt. Unter dem Druck der Ereignisse muhten selbst Lokal- und Bezirksorganisationen der Sozialdemokratischen Partei dieser Erkenntnis Rechnung tragen.

Als während des Rapp-Putsch die monarchistische Konterrevolution die Republik durch den militärischen Staatsstreich beseitigen wollte, haben sich die Sozialdemokraten in Rheinland-Westfalen (z. B. Essen!) nicht nur in Aufrufen für die Errichtung der politischen Macht durch die Diktatur des Proletariats bis zum Siege des Sozialismus ausgesprochen, sondern Hunderte und Tausende von sozialdemokratischen Arbeitern haben sich zur Niederschlagung der Reaktion bewaffnet und mit den Waffen in den Händen gekämpft.

In dem bekannten Bielefelder Abkommen, das von der Sozialdemokratischen Partei und den Regierungsvertretern der sozialdemokratischen Regierung (Severing!) protegiert wurde, um die Rote Armee zu liquidieren, wurde ausdrücklich die Gründung proletarischer Ortswehren vereinbart. Es soll hier unerörtert bleiben, warum die Regierung und die Sozialdemokratie und der ADGB dieses Abkommen nicht durchführten.

Als die Gefahr einer faschistischen Erhebung im Jahre 1924 akut in Erscheinung trat, waren es nicht nur kommunistische Arbeiter, die mit aller Kraft Hunderttausende bildeten und die Bewaffnungsfrage zu lösen versuchten, sondern auch namhafte Reichs- und Landespolitiker der Sozialdemokratischen Partei dem Verlangen ihrer Anhänger nachgeben und militärische Formationen, allerdings unter Ausschluß der Kommunisten, bilden bezw. die Bildung in Angriff nehmen. Aber darüber hinaus sind in den verschiedensten Teilen in Sachsen und vor allem in Thüringen die Sozialdemokraten dazu übergegangen, die Bewaffnungsfrage zu lösen.

Wir wollen hier nicht aus Rücksicht auf die Klassenjustiz die Internas der Regierungsverhandlungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen erörtern.

Der Prozeß gegen den Innenminister Hermann über die Waffentäufe haben bereits etwas den Schleier gelüftet. Als die Ehrhardtbanditen an der thüringisch-bairischen Grenze aufmarschiert waren und ihre militärischen Manöver ausführten, Geschütze, Maschinengewehre und Handgranaten in Funktion treten ließen, und die Thüringer Landwehr, die zum Teil an der Grenze konzentriert war, aus feigem Hinterhalt beschossen wurde, da sah sich die Thüringer Sozialdemokratie unter dem Druck der Ereignisse gezwungen, dem Problem der bewaffneten Arbeiterschaft näherzutreten. Die SPD löste selbstverständlich dieses Problem nicht dadurch, daß sie die gesamte Arbeiterschaft bewaffnete. Für sie war die Frage der „republikanischen Ortswehren“ und die Einreihung von Arbeiterschaft in die „Landwehr“ die einzige Möglichkeit, die Partei und

## Marr Ministerpräsident!

Aus dem Preussischen Landtag.

(Eigener Bericht.)

Berlin, 10. Februar.

Vor der Wahl des schwarz-rot-goldenen Ministerpräsidenten Marr getätigt wird, beantragt Genosse Wied, folgendes auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu setzen. Ein kommunistischer Antrag, der ab 1. März die Wiedereinführung der siebenstündigen Arbeitszeit für Untertage- und die achtkündige Arbeitszeit für Liebertage-Arbeiter auf allen preussischen Staatsgruben oder vom Staat beherrschten Aktiengesellschaften verlangt. Weiter die Anträge der Kommunisten die ab 1. Januar 1925 eine vierzigprozentige Lohn-erhöhung für alle Arbeiter, Angestellten der Staatsbetriebe fordern, weiter für alle im Staatsdienst Beschäftigten einen Erholungsurlaub von vier Wochen zu gewähren, dann die Abänderung der Befolungsordnung dergestalt, daß die 13 Befolungsgruppen und die Einzelgehälter zu fünf Befolungsgruppen zusammengezogen werden, unter Erhöhung der unteren Gehälter auf ausreichendes Existenzminimum und Herabsetzung der höchsten Gehälter. Dazu weiter den kommunistischen Antrag auf Auflösung des Landtages und Neuwahlen und schließlich den kommunistischen Antrag, der die Mißbilligung des dem Reichspräsidenten über von der preussischen Regierung ausgedrückten Vertrauens fordert. Alle vorstehenden Anträge wurden durch Widerbruch, teils aus dem Lager der Schwarz-rot-goldenen, teils aus dem schwarz-weiß-rotten Lager abgewürgt. Dann findet die erste Abstimmung statt. 44 Stimmentel wurden abgegeben, 1 Stimmentel war ungültig. Von den 44 gültigen Stimmenteln beträgt die absolute Mehrheit 22. Es haben Stimmen erhalten: der Zentrumsmann Dr. Marr 219, der Volksparteier von Richter 153, unter Genosse Wied 43, der Wirtschaftsparteier von Rademacher 16, der Nationalsozialist Körner 11, und der Volksparteier Kampe 1 Stimme. Marr er gerade Geburtstag hat. In der Stichwahl zwischen Marr und Richter erhielten Marr 223 und Richter 162. Damit ist Marr gewählt.

## Gerichtsverfahren gegen Bauer!

Berlin 10. Februar. Gegen den ehemaligen Reichskanzler Bauer wird bereits ein Gerichtsverfahren auf Grund des Reichsstaatsangehörigkeitsgesetzes eingeleitet, das er entran den



der Sozialdemokratische Vereinbarungen getroffen, daß für den Ernstfall die Lappo durch 5000 Arbeiter, welche von „Staats wegen“ eingezogen und bewaffnet werden sollten, verstärkt werden muß. Für ganz Thüringen waren fünf Konzentrationenpunkte, sogenannte Standorte, festgelegt worden. Aber selbst außerhalb des Rahmens der staatlichen Organisation hat sich die Thüringer Sozialdemokratische Partei ernstlich mit der Bewaffnungsfrage befaßt.

Das Gros der sozialdemokratischen Arbeiter erkannte in letzter Zeit ganz gut, um was es ging. Verfassung hin, Verfassung her, das Leben der Arbeiterklasse war durch die militärischen Sordern der Faschisten bedroht. Der Bürgerkrieg stand auf der Tagesordnung und aus dem gesunden Selbsthaltungstrieb heraus haben auch sozialdemokratische Arbeiter, vielfach im Gegensatz zu ihren Führern, das wollen wir gern annehmen, die realen Notwendigkeiten für den aufgezwungenen Abwehrkampf erkannt.

Das, was die Sozialdemokratische Partei, die bürgerliche Presse und der Oberreichsanwalt über die Kommunistische Partei im Jahre 1923 phantasierten, das trifft in der Tat heute noch auf die wichtigsten Stützen dieser Republik zu. Und wir, was der bekante Sozialdemokrat und militärische Sachverständige der SPD, Hermann Schübinger, in einem Artikel vom 2. Januar 1924 in der „Globe“ über „General Seidl, Reichswehr und Republik“ sagt:

„Um das Schicksal der deutschen Republik wird in den kommenden Jahren zweifellos noch außerhalb der Wahlen lokale und Parlamente gewürfelt werden. Seien wir uns darüber klar, daß die Homogenität der Tradition und der Erziehung, welche das alte und einen Teil des neuen Offizierskorps immer noch befeuert, daß dieser jahrhundertlang geübte Kauderwelsch an das Allheilmittel der rohen Gewalt gewöhnlich in Unterbewußtsein eines Teils der Offiziere der Republik noch schlummert in einem Umfang, der die Grausamkeit der russischen „Tscheka“ oder des ungarischen „Seijas-Delegations“ in einem kommenden Bürgerkrieg in den Schatten stellen würde.“

Ohne eine Subdele über Sowjetrußland gehts nun einmal bei den Sozialdemokraten nicht. Aber immerhin sind die übrigen Feststellungen, die Schübinger trifft, bezeichnend.

Trotz der Lügen und Verleumdungen wird die Kommunistische Partei der Arbeiterklasse jederzeit das sagen, was die historische Aufgabe der gelamten Arbeiterklasse ist. Der „Tscheka-Prozess“ wird nicht die „Verschwörergruppen der Kommunistischen Partei“ enthüllen, sondern durch diesen Prozeß wird mit aller Deutlichkeit in das korrupte System des republikanischen Spießbümpfes und der Agentenpropaganda hineingeleuchtet werden.

### Der Kronzeuge Neumann geisteskrank!

Unser Zentralorgan, die „Rote Fahne“ macht gestern über die Person des Dichters Neumann folgende hochwichtige Mitteilungen:

Mit welchen Mitteln und welcher Struppeligkeit aber dieser (der Tscheka-) Prozeß vorbereitet wurde, das ist erst zum geringsten Teil der Öffentlichkeit bekannt geworden. Vor allem die Person des Hauptbelastungszeugen Felix Neumann, noch nicht genügend beleuchtet.

Wir haben schon berichtet, daß der Vertreter der Anklage im Hamburger Prozeß zum allgemeinen Erkennen ganz kleinlaut vöblisch sich äußernde erklärte, diesen „Kommunistenbelastungszeugen“ der Öffentlichkeit vorzuführen. Dieser „Verzicht“ mußte besondere Gründe haben, die Staatsanwalt Reuter natürlich nicht zum besten gab.

Nach neuerlichen Erkundigungen haben wir folgendes ermittelt:

Der angebliche Belastungszeuge Felix Neumann („Sana“) muß wohl der Staatsanwaltschaft selbst als ein ungeheurer „Traßbans“ vorgekommen sein. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß er geisteskrank ist. Er ist schon in den Jahren 1915 sowie 1918 von Irrenanstalt zu Irrenanstalt geschleppt worden. Die Irrenabteilung des Garnisonslazarets Berlin-Dönhofs- und die Irrenanstalten Bauen und Jüterbog haben umfangreiche Irrenakten über diesen „Kronzeugen“ des kommenden Tschekaprozesses geführt.

Schon als Kind hat Neumann anormale Regungen gezeigt. Schon frühzeitig traten bei ihm Spuren von Geisteskrankheit auf. Auch litt er unter dem Zwang phantastischer Wahnvorstellungen. Selbst seine eigenen Angehörigen haben ihn schon jahrelang vorher als „verrückt“ bezeichnet und das in Briefen schriftlich niedergelegt.

Dieses Ergebnis kommt reichlich spät an die Öffentlichkeit und es scheint, als ob die Reichsanwaltschaft ihre Blamage voraussehend, dieses „ihr Geheimnis“ ängstlich gehütet hat. Sie hat sich sicherlich rechtzeitig bei ärztlichen Gutachten, die als Strafanwaltschaftsorgane unterstellte Organe des Reichsanwalts sind, ihr Gutachten bestellt.

Wir gehen wohl nicht in der Annahme fehl, daß diese bestellten Gutachterurteile in dem Prozesse von Seiten der Reichsanwaltschaft eingeführt werden, damit um Himmels willen nicht Herr Felix Neumann, „die letzte Hoffnung“ der politischen Zweckmäßig nicht etwa als geisteskrank erkannt wird. Man denke sich nur die katastrophalen Folgen für das Gelingen der politischen Aktion sowie für die Karriere des Reichsanwalts Dr. Neumann, wenn dieser Zeuge sich als faules E erweisen sollte. Warum hat man ihn nicht in Wattenbäuschen verpackt, doch noch nach Hamburg im Abteil I. Klasse befördert. Seine enge Freundschaft mit den Stützen von Staat und Gesellschaft, insbesondere mit den ihm politisch nahestehenden Freunden Böhmer, Vogt, Niedner sowie seinem Namensvetter von der Reichsanwaltschaft sichert ihm an sich schon eine wohlwollende Behandlung bei seinem krankhaft phantastischen Nachahmung zu. Vielmehr wird Felix Neumann es gar nicht nötig haben, sich auf § 51 StGB zu berufen, denn sicherer als dies bewahrt ihn die schützende Hand seiner Freunde — wie lange — vor der Bestrafung.

Offenbar hat seine Geisteskrankheit ihn verhindert, über das nachzudenken, wer die von ihm getriebenen bunten Blöcke jetzt hat. Das Räzen fällt ihm, auch wenn sie rot sind, weiß ein jeder. Es wäre traurig und die Revolution bestell, wenn sie sich rächen wollte, wie der geistesranke Felix Neumann sich das dachte. Auch mit solchen Mitteln und Mitteln wird der Gang der Weltgeschichte nicht aufgehalten.

Es muß traurig um einen Staatsapparat bestellt sein, wenn er sich solcher geisteskranker Menschen bedienen will, um die eierne Front des internationalen Proletariats zu beremmen. Die Toren, die solches beginnen, werden einen kläglichen Mißerfolg ihrer Aufschwörungen und Verleumdungen erleben.

### Schieber Wels.

#### Ein sozialdemokratisches Blatt über seine unrichtigen Schiebungen.

Die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ wies in ihrer Nummer vom Sonntag, den 8. Februar allerlei interessante Meldungen aus der Barmat-Kloake zu bringen. Sie schreibt wörtlich unter der Ueberschrift: Wels als Laubfäule des bankrotten Barmat:

Der Prüfungsausschuss wird sich auch, man möge das ruhig als Majestätsbeleidigung betrachten, wohl oder übel mit dem Genossen Wels beschäftigen müssen. Schon unlängst verwies wir auf eine merkwürdige Meldung von einem Preis aus der Feder Wels, an den englischen Ministerpräsidenten Macdonald. Im preußischen Untersuchungsausschuss ist diese Frage erneut behandelt worden. Der Brief kann nur im Hochsommer des vergangenen Jahres geschrieben worden sein. Wie wir nunmehr aus dem Bericht des Herrn Kottin und auch aus der gestrigen Nummer der „Berliner Volkszeitung“ erfahren, waren die Barmats bereits im September festgenommen. Was erstobte der Empfehlungsbrief des Genossen Wels an den englischen Ministerpräsidenten? Kam es wirklich nur Groggeschäfte in Frage, oder sollte in der englischen Elly das schon lede Barmat-Schiff wieder flottgemacht werden?

Am Donnerstag hatte der „Gewährsmann“ der „Berliner Volkszeitung“ auf einen ebenso merkwürdigen Vorgang hingewiesen, der sich mit der plötzlichen Umwidmung einer Deposition an Walter Barmats Meerkant am Kurfürstendamm befähigte. Das Lokal sei unentgeltlich dem Sohn des Genossen Wels zur Verfügung gestellt.

Wir haben bis dato eine Erklärung des Genossen Wels bemerkt. Demzufolge bleibt für alle Vermutungen jeglicher Raum. Aber eben darum hat sich der Prüfungsausschuss im Interesse der Partei eingehend auch mit dieser Frage zu beschäftigen.

In der Nummer des Berliner „Total-Anzeigers“, die dem Genossen Bauer zum Verhängnis wurde, befand sich ein Aufsatz „Barmat-Wels-Wissel“. Bereits vor einigen Tagen hatte die „Deutsche Tageszeitung“ auf eigenartige Zusammenhänge hingewiesen, die sich zwischen Barmat-Wels und dem damaligen Wirtschaftsminister Wissel abgespielt haben sollen. Ein Dr. Walter Schotte behandelte diese Fragen in aller Öffentlichkeit. Der Genosse Wels hat bisher keine Beantwortung bekommen, durch eine gerichtliche Klärung dieser Angelegenheit Aufklärung zu schaffen. Wenigstens ist uns darüber keinerlei Kenntnis geworden. Nach dem Berliner „Total-Anzeiger“ ist Wels mit Barmat bei dem Reichswirtschaftsminister Wissel gewesen.

Barmat habe um ein „Monopol“ für die Einfuhr von Arbeiterkleidung nachgesucht. Nach weiteren Versionen handelte es sich um Textilien noch anderer Art. Genosse Wissel sei den Wünschen Barmats nicht geneigt gewesen. Der „Total-Anzeiger“ behauptet, daß Genosse Wissel das Verlangen Wels' mit dem Hinweis darauf abgelehnt habe, er müsse erst seinen Referenten, den Unterstaatssekretär Dr. v. Neilsendorf, also seinen intimsten Mitarbeiter, darüber befragen. Dieser ist früher Rittmeister gewesen. Ob dieser Haltung hat sich Genosse Wels nach dem „Total-Anzeiger“, also geäußert: Bin ich nun ein Junge oder ein Mädchen? Leben wir nun in einer Republik oder in einer Monarchie, daß da erst ein Junge und ein Rittmeister befragt werden müssen?

Eine höchst merkwürdige Auffassung, die da der Republikaner Wels zum Ausdruck brachte. Wenn die Republik nur da sein soll um dem zweifelsicheren „Sozialisten“ vom Schlage Barmats die Geschäfte zu erleichtern, dann bedanken wir uns für derartige Republikaner.

Aber damit nicht genug, man behauptet weiter, daß darauf in Wissel geführt worden sei, daß er politisch laizelliert und durch den früheren Reichswirtschaftsminister, den früheren Gewerkschaftler Robert Schmidt, erledigt worden wäre. Wenn der Vorsitzende der großen Partei seinen organisatorischen und politischen Einfluss verliert, zerfällt das „Sozialisten“ vom Schlage Barmats die Geschäfte zu fördern, dann ist es höchste Zeit, daß sich die maßgebenden Instanzen mit diesen Vorgängen beschäftigen.

So schreibt wörtlich, die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ vom 8. Februar!

### Die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ über die Lumpen Bauer und Heilmann!

Das Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie, die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ hat in seiner Sonntagsausgabe einen großen Artikel geschrieben mit der Ueberschrift: Der Fall Gustav Bauer. Darin vergißt es heftige Tränen über das Ende, das die deutsche Sozialdemokratie erlitten hat. Sie schreibt:

Und dennoch, so viel die Wirtschaftskatastrophe auch erlösen mag: die psychologische Erklärung kann die Enttäuerung nicht bannen, die jeden Sozialdemokraten der Welt in dem Augenblick befallen hat, in dem er vernahm, daß ein Mann wie Gustav Bauer, ein Mann, der einer der führenden Männer in der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften und der später Reichstagesler der deutschen Republik gewesen ist in unvertretbaren schmerzlichen Beziehungen zu dem Chef eines der größten kapitalistischen Konzerne Deutschlands gestanden ist, daß ein führender Sozialdemokrat seinen politischen Einfluss zu Gunsten kapitalistischer Geschäfte auf Kosten des Staates mißbraucht hat.

Die „Arbeiter-Zeitung“ sagt weiter: Man kann es verstehen, wenn die Bourgeoispartei den Kapitalisten Geschäfte zuwenden, aber die Sozialdemokratie die Partei des Proletariats, die Substantia des Kapitalismus, sie war doch immer und überall rein! In ihr, in der Partei Bebel, ein so erschütterndes Ereignis? Wie konnte das nur geschehen? Wie war es nur möglich, daß die Partei Heilmann nicht sofort vor die Wahl zwischen seinem Mandat und zöglicher seinen Verwaltungsratsstellen gestellt hat! Was die „Arbeiter-Zeitung“ als Wunder Gottes oder besser noch als Wunder des Salans hinstellen möchte, ist für den Klassenbewußten Arbeiter nur eine Konsequenz des jahrzehntelangen Verrats der Sozialdemokratie!

### Wohnungsfragen im Reichstag.

(Eigener Bericht)

Berlin, 10. Februar. Die Reichstags-Sitzung vom Dienstag wurde eröffnet mit einer Erklärung des früheren Reichswirtschaftsministers Becker von der Deutschen Volkspartei wegen der Milliardenangelegenheiten an die Reichsbank. Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten verlangen, daß sie auch ähnliche Erklärungen abgeben dürfen. Dann ging der Reichstag zur Beratung des Kaputels Wohnungswesen beim Reichsarbeitsministerium über. Silberstein von den Sozialdemokraten und Winafeld von der Deutschen Volkspartei bestanden die Auswertung der dritten Steuernot-

verordnung mit ihrer Mietssteuer, die nicht zum Wohnungsbau, sondern zur Auffüllung der Lücken und Gendebenen dienen. Sie verschweigen wohlweislich, daß sie mit der Bewilligung des Ermächtigungsgesetzes die Grundlage für die Mietssteuer geschaffen und damit die Verantwortung für diese Zustände zu tragen haben.

### Genosse Eichhorn

verweist auf Äußerungen des Reichsarbeitsministers im Hauptausschuss, aus denen deutlich hervorgeht, daß in der Regierung der Abbau der Zwangswirtschaft beschlossene Sache ist. Er fordert die Regierung nachträglich auf, endlich Farbe zu bekennen, wohn der Weg gehen soll. Nicht Abbau, sondern Ausbau der Wohnungszwangswirtschaft und der Mieterbeschäftigung verlangen wir. Wenn das Reichsmittelgesetz aufgehoben würde, tritt schrankenloser Mietsucher ein. Demgegenüber müßte die strengsten Mieterbeschäftigung in einem engeren Maß greifen.

Im weiteren wendet sich Genosse Eichhorn gegen die Mietssteuer. Solange die Mietssteuer noch besteht, muß der Ertrag wenigstens restlos für Wohnungsbauten verwendet werden. Das Wohnungsgeld ist erschreckend. Und Genosse Eichhorn schließt aus Bayern, Ober-Schlesien, Berlin, Ruhrgebiet, Ostpreußen, ein Reihe kleiner Fälle von Wohnungsnot. In einem bayerischen Industrieort mußte eine Frau in Gegenwart einer zahlreichen Schar kleiner Kinder antworten, da die Familie nur eine Stube zur Verfügung hat. Eine andere Frau mit starker Familie ging, um dies zu vermeiden, in den Stall zur Umkleidekabine.

Die weitere Diskussion, an der sich Vertreter der Demokraten, Freisinnigen und Volkslisten beteiligten, ergibt nichts Besonderes.

Nächste Sitzung Mittwoch mittag 2 Uhr. — Fortsetzung der Beratungen über das Arbeitsministerium.

### Aus den Reichstagsausschüssen.

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 10. Februar.

Fortsetzung der Justizdebatte im Haushaltsausschuss. Bei der Fortsetzung der Debatte über den Justizetat wandte sich Genosse Kersch gegen die Klassenjustiz. Er bezeichnete die Rechtsprechung als eine Justiz gegen das Volk und sprach von einer „Inflation der Rechtspflege“. Kersch lehnte im Namen der Kommunisten die stark erhöhten Ausgaben für den Staatsgerichtshof ab, da derselbe ein besonders ausgesprochenes Klassenrecht gegen die revolutionären Arbeiter ist.

Die Kommunisten fordern öffentliche Auslegung der Steuerlisten.

Im Steueraussschuss des Reichstages enthüllte die Lutherregierung ihre Pläne, die dahin gehen, die Bestehenden von Steuern zu befreien. Die Rede des Staatssekretärs Dr. Poppe ließ erkennen, daß die Reichsregierung entschlossen ist, die sogenannte Befreiung der lediglich zugunsten des Kapitals abzubauen. Eine Belastung des Einkommens von 33% Prozent soll selbst bei dem allerhöchsten Einkommen als Steuernmaximum gelten. Auch dieses Maximum soll erst bei einem Einkommen von über 600 000 Mark eintreten.

Genosse Könen geistete den Steuerbetrag der Bestehenden

und forderte die öffentliche Auslegung der Steuerlisten zur Hebung der vor die Hunde gelaufenen Steuermoral der Bestehenden.

### Ein entlarbter Amsterdamer Verleumder

Wie ist die Lage der russischen politischen Gefangenen?

Moskau, 10. Februar.

Die Meldung, daß Turner, ein Mitglied der englischen Generalkonsulatsdelegation, eine Erklärung veröffentlicht hat, worin er auf die schlechte Behandlung der politischen Häftlinge durch die Sowjetadministrative hinweist, hat große Erregung hervorgerufen.

Die Redaktion der „Pravda“ ist im Besitz des Manuskriptes einer Erklärung Turners, die er am 3. Dezember in dem genannten Blatte über dieselbe Angelegenheit abgegeben hat und die folgendermaßen lautet: „Ich habe mich für die Lage der politischen Häftlinge in Sowjetrußland interessiert und ich muß gestehen, daß mich die vollkommenste Freiheit, die man mir bei den Besuchen in den Gefängnissen und bei meinen Unterredungen mit den politischen Häftlingen ließ, übertrug hat. Auf Grund der gemachten Erfahrungen bin ich in der Lage, mit gutem Gewissen und mit voller Objektivität die wahren Gerichte und Meldungen, die außerhalb der Grenzen Rußlands kursieren, zu dementieren.“

Turners Unfall ist eine Folge der Einwirkung der Amsterdamer Internationale.

### Zentralerexekutivkommission in Tiflis.

Moskau, 10. Februar 1925.

Um die föderalistische Gliederung der Sowjetunion auch nach außen zur Geltung zu bringen, wird in diesem Frühjahr eine Sitzung der Zentralerexekutivkommission des Verbandes der Sowjetrepubliken für den 1. März nach Tiflis (Kaukasus) einberufen. Tiflis und Charkow haben schon einige Male darum angesucht, sie zum Tagungsort des genannten Ausschusses zu wählen. Das Programm der Tiffler Beratungen wird wenig ausgedehnt sein. Die Verbandsgovernment und die Regierung Transkaukasiens werden den Bericht über ihre Tätigkeit und über das Budget für das zweite Halbjahr erstatten.

Charkow dürfte wahrscheinlich dadurch entschädigt werden, daß auf dem Ende März stattfindenden Kongress der ukrainischen Sowjets Tätigkeitsbericht über die auswärtige Lage erstatten wird.

In der großen Sowjetunion wird Rücksicht auf die kleinste Nation genommen. Die Vergewaltigung des Reichentums von Moskau aus hat mit dem Sturz des Zarismus aufgehört.

Rußlands „Kampf gegen Gott“. Die „Rabotshaja Gazeta“ vermerkt ein ständiges Anwachsen des Atheismus in den Fabriken und auf dem ländlichen Lande. Der „Kampf gegen Gott“ lockt immer neue Kämpfer an. Allein in der Moskauer Gubernie gebe es 15 000 organisierte Atheisten. Auch in das Herz des zurückgebliebenen Dorfes, das noch hart in den Banden des Aberglaubens liegt, trunken vom Fusel der Religion, flüster und ungehindert ist, dringt die atheistische Sache. Von ihrem Erfolg zeugt auch die wachsende Verbreitung der Revue „Bezobshnit“ (Der Gottlose), die in zwei Jahren ihre Auflage von 20 000 auf 20 000 hob. Viele Exemplare davon gehen freiwillig ins Ausland. Es nimmt allein Newyork 1000 Exemplare ab.



# Totales Vorwärts!

Du Säemann in dem roten Kleid,  
nun sägere nicht und sei bereit,  
nun gilt es, gut zu säen — — —  
Drum prüf' die Saat und wäg' sie fein,  
dass sie auch möge tauglich sein  
und gute Ernte bringe.  
Es ist in all dem Zug, der Not,  
das arme Herz so stamm durchloht,  
möcht' gern zur Wahrheit dringen.  
Es steht auf dich empfangsbereit —  
Nun sägere nicht und nüh' die Zeit,  
nun gilt es, gut zu säen — — —

Annie Bueris, Oslau.

## Genossen! Bereitet die Werbeweche für die Presse vor!

### Eisenbarlturen eines Gefängnisarztes.

Befragungen statt Untersuchungen. — Kalte Abreibung als Ersatz für Bettwäsche. — Keine Untersuchung bei Hungerstreik. — Alle Behauptungen der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ erwießen. — Trotzdem Verurteilung des Genossen Schulz zu einem Monat Gefängnis.

Am 9. d. Mts. stand Genosse Robert Schulz vor dem Am 9. d. Mts. stand Genosse Robert Schulz vor dem Schöffengericht, um sich wegen eines am 11. Juni 1924 erschienenen Artikels in der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ zu verantworten. In dem genannten Artikel war der Brief eines politischen Untersuchungsgefangenen aus Schweidnitz wiedergegeben. Der Gefangene machte in diesem Brief, der an seinen Vater gerichtet war, erschütternde Mitteilungen über seinen Gesundheitszustand und die nach seiner Meinung laze Art, mit der der Gefängnisarzt die Krankheit behandelte.

In diesem Brief, der in weiten Kreisen der schlesischen Arbeiterschaft hellste Empörung auslöste, wurde die Feststellung gemacht, dass viele Anfallsärzte die zur Untersuchung ihnen überwiesenen Kranken nicht untersuchen, sondern befragen. Mit Recht stellte daher die Redaktion die Behauptung auf, dass die Anfallsärzte die Verantwortung dafür zu tragen haben, wenn bei solcher Behandlung in den Gefängnissen Gefangene körperlich und geistig zugrunde gerichtet werden.

Die Verhandlung am 9. d. Mts. bestätigte vollaus die Behauptung, dass die amtlichen Ärzte sich die Untersuchung der Gefangenen sehr leicht machen. Aus der Aussage Gläfers entnehmen wir folgendes:

#### Der gewissenhafte Medizinalrat.

Herr Medizinalrat Dr. Fischer untersucht nicht die Gefangenen, sondern läßt sie bei Einlieferung in einer Reihe aufstellen, um sie dann kurz und barch nach ihrem Gesundheitszustand zu befragen. Diese Fragen erfolgten in solcher Tonart und Schroffheit, daß sie als

#### Suggestivfragen wirken.

und von den meisten Gefangenen, auch wenn sie krank sind, mit ja beantwortet werden. Es ist wiederholt vorgekommen, daß Gefangene, beispielsweise Biewald und Dombrowski, die Frage, ob sie gesund sind, mit nein beantworteten und daraufhin vom Arzt angeschrielt wurden, sie sollen „anständig dastehen“. Eine Untersuchung erfolgte in den Fällen Dombrowski und Biewald aber nicht. Vielmehr richtete Fischer an die diensthabenden Wachtmeister die Aufforderung, die betreffenden Gefangenen zu melken.

Besonders bezeichnend für den gewissenhaften Medizinalrat Dr. Fischer ist folgender von Gläfer geschilderter Vorgang:

Ein Gefangener hatte am Halse eine starke Geschwulst, die ihm Schmerzen bereitete, und machte Dr. Fischer darauf aufmerksam. Anstatt die Geschwulst zu untersuchen oder dem Gefangenen schmerzstillende Mittel zu geben, entgegnete Fischer kurz und barch:

#### „Das geht von selbst wieder weg.“

Der Gefangene erwiderte darauf sehr bescheiden, daß er die Geschwulst bereits seit 5 Wochen habe und sie nicht von selbst verschwinden sei. Daraufhin schmauzte Fischer den Gefangenen an: „Ich bin Arzt“, sprach's und ging seiner Wege, ohne den von Schmerzen geplagten Gefangenen zu untersuchen.

Auch am eigenen Leibe hat Genosse Gläfer die Eisenbarlturen des zu allen Hoffnungen berechtigenden Medizinalrates kennengelernt. Gläfer ist Schwertriegelverletzter, hat im Kriege ein Auge verloren und litt, da seiner Verhaftung eine längere Illegalität voranging, unter starker Nervosität. Er hat Fischer um die Erlaubnis, das Bett auch am Tage benutzen zu dürfen und klagte über nervöse Beschwerden. Anstatt, wie es seine Pflicht gewesen wäre, den Kranken zu untersuchen, erklärte Fischer kurz und barch:

#### „Kalt abreiben“ und ging seiner Wege.

Befamlich ist kalte Abreibung ein vorreffliches Mittel für den Hochmut gewiß mit Schmissen gezeirten Fähen. Kalte Abreibung mag auch bei einiger nervösen Erscheinungen angebracht sein. Es weiß aber jeder Raie, daß dieses Mittel nur individuell angewandt werden kann, und daß Nervöse nicht in allen Fällen mit kalten Abreibungen kuriert werden können. Unter Umständen kann dieses Mittel sogar schädlich sein. Herr Medizinalrat Dr. Fischer, der sich auf seine Kenntnisse soviel zugute tut, scheint dies aber nicht zu wissen, oder nicht wissen zu wollen, wenn es sich um proletarische Kranke handelt. Vor allen Dingen aber dürfte die kalte Abreibung doch kaum als Ersatz für die notwendige Betruhe eines Kranken anzusehen sein.

Ferner sagte Genosse Gläfer aus, daß Genosse Smolka, als er in den Hungerstreik trat, vom Arzt nicht untersucht wurde.

Erst fünf Tage später, als der Hungerstreik bereits beendet war, erschien Fischer bei ihm in der Zelle und fragte ihn, warum er die Nahrung verweigere.

Gläfer erklärte zusammenfassend, daß er den Eindruck habe, proletarische Gefangene werden in den Gefängnissen nicht mit der Gewissenhaftigkeit behandelt, die notwendig wäre, um ihre Gesundheit und Arbeitskraft zu erhalten.

Nach Gläfer wurde der bekannte Herr Dr. Fischer vernommen, der merkwürdigerweise nicht auf der Anklagebank Platz nahm, sondern trotz der gegen ihn gerichteten schweren Anschuldigungen

#### als Sachverständiger

vernommen wurde. Der strebame Medizinalrat, der kürzlich anfänglich einer Tagung der Gefängnisgesellschaft erklärte,

#### der Hungerstreik wird überschätzt,

erklärte, daß der Gesundheitszustand in den Gefängnissen so gut sei, daß die Verblütheit am geringsten ist. Beweis, die Gefangenen bröchen meistens erst dann zusammen, wenn sie nach der Barmärgung durch die Fast wieder an ihre alte Arbeitsstätte zurückkehren. Nach Herrn Dr. Fischers Meinung aber sind die Gefängnisse Sanatorien.

Die schweren Anschuldigungen des Genossen Gläfer vermochte Fischer nicht zu entkräften. Er mußte zugeben, daß er die Befragungen bei Einlieferung nicht unteruche, sondern befrage.

Trotzdem stützte das Gericht sich auf die Aussagen des Medizinalrates und verurteilte den Genossen Schulz zu einem Monat Gefängnis.

Selbstverständlich wird Genosse Schulz gegen dieses unerbörte Klassenurteil Berufung einlegen, um vor der Strafkammer an Hand größerer Beweismaterials den Nachweis zu führen, daß nicht er, sondern der Straßollzug in Breslau auf die Anklagebank gehöre.

### Kapitalistische Sozialpolitik in Alt-Breslau.

Am Dienstag, den 3. Februar, hielt die hiesige Gemeindevertretung eine Sitzung ab. Am ersten Punkt der Tagesordnung wurde Bericht über die Finanzlage der Gemeinde unter Vorbehalt bis zum 31. März 1925 gegeben. Es ist festgestellt, daß am Ende des Berichtsjahres ein Ueberschuss von ungefähr 1700 Mark sein wird, wenn alle Restanten ihre Steuern beglichen haben werden. Es stand fest, daß ein großer Teil mit den Steuern rückständig ist. Man wurde sich schlüssig, in geheimer Sitzung den Fall der Restanten näher zu behandeln (Der größte Teil Restanten werden die Kleinbauern sein). Abgesehen wurde Bericht über die Erwerbslosenfürsorge gegeben. Zurzeit sind am Ort 27 Erwerbslose. Außerdem lag ein anonymer Schreiben vor, welches an den Arbeitsnachweis in Bunzlau gerichtet war. Es sollten Erwerbslose Arbeiten auf dem schließlichen Flöz ausgeführt haben und dadurch Geld nebenbei erwerben haben. Gemeindevertreter Genosse G. Jahn ergriß sofort das Wort zur Sache. Er brandmarte das Verhalten des Arbeitsnachweises Bunzlau (Vorstandender SPD-Landtagsabgeordneter G. Gaudlich, ehemaliger Einbahner), daß überhaupt auf solche Briefe Wert gelegt wird, solche Briefe gehören in den Papierkorb. Genosse Jahn führte in kurzen Zügen die Not der arbeitenden Massen vor Augen, deren Einnahmen nicht zuzulangen, um die notwendigsten Bedürfnisse für die Familie zu bestreiten. Noch entsetzlicher ist das Los der Erwerbslosen. Wenn nun

die Gemeinderäte sich nebenbei eine Stamme verschaffen, so ist das wohl zu verstehen. Aber die in Frage kommenden Kollegen sind zu unrecht beschuldigt worden. Dann wurde über die Diakonienfürsorge berichtet. Es zeigte sich, wie ungerecht die Kosten verteilt sind und der große Quatsch bezugsbemerksprechend seinen Anteil zahlt. Genosse Jahn beantragte, daß in nächster Zeit eine gerechtere Verteilung geschafft wird. Nächster Punkt im der Antrag des Ortsnachwählers und Gewerkschaften, pro Tag und Nacht von 25 Pfg. auf 1 Mark zu erhöhen. Von Seiten des Bürgerbüros wollte man die Zustimmung ab 1. April 1925 geben. Genosse Jahn beantragte, daß die Erhöhung (die nur ein Bruchteil ist) ab 1. Februar in Kraft tritt. So steht es in der Praxis mit der Verteilung der Arbeiterinteressen von Seiten der Bürgerlichen recht dem Zubehör aus, der Nachwähler, der bei Wind und Wetter das Verhalten der Bürgerlichen bewacht, will man wie einen preußischen Polizeihund entlassen. Was ist eine Markt für die ganze Nachtwache, wo noch am Tage die Gemeindefürsorge nebenbei verrichtet werden müssen. Ist das nicht ein Skandal? Aber das Schöne ist, man betrügt den alten Mann im Jahr noch um 5 bzw. 6 Tage, oder 5 bzw. 6 Mark, da man nach Monaten bezahlt und den Monat mit 30 Tagen berechnet.

Arbeitskollegen, an Euch liegt es, daß das heutige System alsbald vernichtet wird, das auf Grund der Profitwirtschaft dem schaffenden Volke nicht das gibt, was es zu beanspruchen hat. Es scheint zahlreich in den Gemeindevereinerungen und unterstützt dadurch den Arbeitskollegen Genossen Jahn. Zeigt, daß Ihr nicht länger hungern und nicht länger geknechtet sein wollt.

### Arbeitslosenversammlung in Trebnitz.

In Trebnitz fand am 6. d. Mts. eine Versammlung der Erwerbslosen und Notstandsarbeiter statt, in der nach einem Referat des Arbeitskomitees Rahmsch, Breslau, ein Erwerbslosenrat gewählt wurde. Derselbe besteht aus Kruppa, Schumann, Konrad, Kalksch, Baumgart.

Die Versammlung, in der auch Frau Feinze-Breslau sprach, war von gutem Kampfsgeist belebt und wird ein Markstein in der Erwerbslosenbewegung von Trebnitz sein.

# Waldenburger Industriegebiet

## Aus dem Stadtparlament Waldenburg.

Geringe Zugeständnisse für die Erwerbslosen durch den Magistrat und Stadtverordnetenversammlung. — Ankauf eines Rittergutes durch die Stadt.

Die am Mittwoch abgehaltene außerordentliche Stadtverordnetenversammlung legte Zeugnis ab, wie die Interessensvertretung im Stadtparlament aussieht. Zur Erwerbslosenfrage hatte die Kommunistische Fraktion

#### 4 Dringlichkeitsanträge

und eine Entschließung eingereicht. Die Sozialdemokratische Fraktion hatte ebenfalls einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Während

## Genossen! Bereitet die Werbeweche für die Presse vor!

rend in der vorletzten Stadtverordnetenversammlung in der Erwerbslosenfrage die Kommunistische Fraktion durch ihre Redner behauptete, in Waldenburg würden höhere Erwerbslosenzahlen gezählt, bekämpften die SPD-Läre das seit nicht der Fall. Nun bringen auch einmal die Leute von der Arbeiterseite einen Dringlichkeitsantrag, daß für die Waldenburger Erwerbslosen die gleichen Sätze gezahlt werden als bei den Breslauer Notstandsarbeitern. Dieser Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen. Hiernach wurden die kommunistischen Dringlichkeitsanträge behandelt.

1. Antrag: „Die Erwerbslosen sowie alle in der Bedürftigkeitsliste des Wohlfahrtsamtes eingetragenen Personen erhalten eine einmalige Unterstützung von 10 Mark. Für die Ehefrau sowie für jedes weitere Familienmitglied werden 5 Mark gezahlt.“

Bürgerliche und Sozialdemokraten stimmten gegen den Antrag.

2. Antrag: „Die durch die Erwerbslosigkeit entstandenen Mietschulden sowie die Mieten aller in der Bedürftigkeitsliste eingetragenen Personen übernimmt die Stadt.“

Auch dieser Antrag wurde von den Koalitionsbrüdern abgelehnt.

3. Antrag: „Die Erwerbslosen werden auch weiterhin unentgeltlich mit Holz und Kohlen beliefert.“

4. Antrag: „Ausgeleierte Erwerbslose erhalten aus Wohlfahrtsmitteln Unterstützung in Höhe der Erwerbslosenunterstützung.“

Die Anträge 3 und 4 wurden angenommen.

Es war interessant in dieser Sitzung zu beobachten, wie die bürgerlich-sozialdemokratischen Koalitionsbrüder auf einmal die Notlage der Erwerbslosen anerkennen mußten. Bürgermeister Wichner entpuppte sich als Reaktionsar. Ihnminister Art. Sein arbeiterfreundliches Gesicht zeigte sich in folgendem Ausspruch: „Wenn wir alle Forderungen der Erwerbslosen bewilligen, bekommen sie mehr als die Bergarbeiter, und diese würden sich dann erwerbslos melden.“ Die Kommunistische Fraktion hatte ferner folgende Entschließung vorgelegt:

„Die am 4. Februar 1925 tagende Stadtverordnetenversammlung der Stadt Waldenburg in Schlesien betrachtet die gegenwärtige Lage der Erwerbslosen und Sozialrentner für unhaltbar. Um der weiteren Verelendung Einhalt zu gebieten, verlangt die Stadtverordnetenversammlung von der Reichs- und Landesregierung Zuschüsse für die Kommunen. Um der weiteren Steigerung der Erwerbslosigkeit vorzubeugen, richtet die Stadtverordnetenversammlung an die betreffenden Regierungen die Aufforderung, Arbeiten im volkswirtschaftlichen Interesse unter Zahlung von Tariflöhnen auszuführen zu lassen. Die erhöhten Unterstützungssätze, welche von der Erwerbslosenfürsorge ab 9. Februar gezahlt werden sollen, erachtet die Stadtverordnetenversammlung für nicht zureichend, um diese minderbemittelten Volksschichten vor dem geistigen, moralischen Verfall zu bewahren. Die Stadtverordnetenversammlung fordert eine hundertprozentige Erhöhung der Unterstützungssätze. Der Magistrat wird beauftragt, bei den Stadträten dahingehend zu wirken, daß durch diese Körperschaften die obgenannten Forderungen bei den Regierungen nachdrücklich vertreten werden.“

Die Anträge sowie die Entschließungen wurden von den Genossen Franz, Jahn und Reichelt einsehend begründet. Ge-

nosse Jahn stellte zur Entschlebung noch die Zusatzforderung eine Deputation nach Berlin zu schicken, um im Sinne dieser Entschließung vorstellig zu werden. Dies wurde jedoch abgelehnt und die Entschließung zur weiteren Beanfaltung dem Magistrat überlassen. Die Bürgerlichen und die Sozialdemokraten verurteilten von der Notlage im Revier, aber dort, wo es gilt vorstellig zu werden, schreden sie vor der eigenen Courage zurück. Eine kleine Anfrage der kommunistischen Fraktion richtete sich gegen die Quaderpfeiler in der evangelischen Oberschule in Ober-Altwasser, der als Leiterin die Stadtverordnete Ludwig (SPD) vorsteht. Nach Gerüchten, welche in der Bevölkerung umgelaufen, soll Frau L. Lebensmittel für ihren eigenen Verbrauch verwendet haben. Im Auftrag des Magistrats erklärt Stadtrat Stettner, daß ein Strafverfahren gegen den Urheber der Gerüchte, den Schulze, an Scholz, eingeleitet sei. Scholz sei nicht erst zu nehmen, da er ein notorischer Trinker sei. (Die Waldenburger Sozialen mögen befallentlich keinen Schnaps.)

An Stelle der ausgeschiedenen Frau Opitz wird Genosse Jahn in die Gesundheitskommission gewählt. Die Umgehungsbeihilfe für einen höheren Beamten im Betrage von 896 Mark lehnte die kommunistische Fraktion ab, da dieser Beamte im Gehaltsgruppe 9 monatlich 400 bis 450 Mark bezieht.

Außer verschiedenen kleinen Vorlagen stand noch der Ankauf eines Rittergutes zur Behandlung. Der Kaufpreis nebst Kaufkosten beträgt 650 000 Mark. Der Ankauf des Rittergutes Seilerdorf wurde einstimmig genehmigt. Dieser Tagesordnungspunkt wurde in einer geheimen Sitzung behandelt.

Aus dieser Sitzung ist zu ersehen, daß die Erwerbslosen nur einen Teilerfolg erzielt haben, daß nur die Erwerbslosen ein Anzeichen weiter sich für ihre Interessen einzusetzen. Der Kampf muß weitergehen bis zur tarifmäßigen Bezahlung der Notstandsarbeiter und Unterstützung der Erwerbslosen in Höhe des ortsüblichen Tageslohnes.

### Eine Antwort an den Glömm in der Bergwacht.

(Von einem Waldenburger Bergarbeiter.)

Lieber Paul!

Befähigte mit bestem Dank den Empfang Deines Briefes. Ich verstehe nicht, wie Du über die nebenlächlichsten Dinge zu berichten vermagst, während auf dem „Lustredergebäude“ in Berlin die Flagge Schwarz-Weiß-Rot-Gold auf Halbmast weht. Also schäme Dich, Paul! Oder klammerst Du Dich an die Möglichkeit eines Scheiterns? Hoffnung könnte man haben bei der Art von „Krankheit“, deren Opfer er lieber guter Onkel Bauer wurde. Ja Paul, seitdem Barmat einheiratete, soll (das habe ich mir wenigstens erzählen lassen) unsere „Familie“ mit dieser „Krankheit“ erblich belastet sein. Hoffentlich verblümmert sich der Krankheitsfall bei den ebenfalls angestrichelten lieben „Anverwandten“ Heilmann und Richter nicht? Das wäre ein Schlag, Paul, der mich niederschmettern würde! Na, eine Hoffnung bliebe immer noch, Scheiterte — so gruffig wie's auch klingen mag — erwachen doch wenigstens wieder. Das soll unser Trost sein, Paul, nicht wahr? Denke doch, wenn diesem „Tode“ die Macht genommen sein wird und Onkel Bauer wieder seine „Redereifigkeit“ aufnehmen wird. Ich erinnere mich nur noch, wie der liebe Onkel am 8. März 1915 das „dumme Friedensgerede“ verdammt. Wie er im März 1920 (nachdem er inzwischen geholfen hatte „Revolution zu machen“) den konterrevolutionären Kapp-Putsch „mit allen Mitteln“ niederschlagen half. Wie er im Dezember 1921 entgegen der „blödsinnigen“

## Genossen! Bereitet die Werbeweche für die Presse vor!

Parole: „Erfassung der Sachwerte“ das famose Steuerkompromiß mit der Deutschen Volkspartei mit zustande brachte.

Ich muß aufhören, liebe! Erinnerungen auszutauschen, denn der Schmerz um den hoffentlich „vorübergehenden“ Verlust dieses „Edlen“ macht meine Feder nervös.

Kannst Du mir nicht gelegentlich einmal mitteilen, ob Barmat diese „Krankheit“ von Jaba einheiratete? Ich würd' dank die Kommunisten warnen, sich mit den Eingefahrenen vor Ort einzulassen.

Bis dahin

Dein „Freund“

Paul.







# Die Kriminals

## Der Pferdejunge.

Von Willy Ursus.

Es rassel die Fuhr. Ein winziger Knabe, kaum sichtbar im matten und flackernden Schein, zerrissen die Kleider und schwarz wie ein Rabe, regiert über Wagen und Pferd stolz allein.

„Zieh hin! Sei geduldig! 's ist zwecklos zu trauern, hüttl! freundlich so ruft der Junge dem Gaul. „Jawohl!“, denkt das Pferd, „wäre ich bei dem Bauern, lo könnt ich des öfteren wackeln das Maul.“

Und Schritt nur für Schritt, langsam, ohne zu rennen, die Kohnwagen rollen im Finstern zum Schacht; bis sieht man am Füllort die Lichter grell brennen, als wären es Sterne in pechdunkler Nacht.

„Hüttl! jetzt aber flotter, denn sonst gibt es Späne: der Steiger will sehen den triefenden Schweiß.“ Der Gaul zieht trammert und flüchtet die Zähne. „Gefroren halt du, aber mir war es heiß.“

Am Schacht angelangt, springt der Knabe vom Wagen. Der leere Zugwagen steht längst schon bereit. Der Gaul zieht geduldig und ohne zu klagen, denn nichts in der Welt als der Tod ihn befreit.

Und wieder nun fahren im flackernden Schein der Gaul und der Mensch und die Wagen dahin. Verstaubt ist die Luft, schweigend drohen die Steine, pechfinster ist's — jeder weiß doch sein Wohin:

Vom Schachte zum Schachte, vom Schachte zum Schachte, genau wie ein Pendel hinauf und hinab, so fahren der Knabe und Gaul, langsam, lachte, und nur wenn der Steiger es sieht, dann im Trab.

## Der Tod in den Kohlen.

Mitternachts von W. Ursus.

Steil, fast senkrecht, zeigt das 29. Fäß des Viktor-Kohlenfeldes hinauf und hinunter.

Früh, der 16-jährige Schlepper, blühte die Schaufel in den Kohlenhaufen, suchte aus, um die Kohle von dem Kohlenstaub zu befreien, wühlte mit der schwarzen, schmutzigen Hand den Schweiß von der Stirn und blickte auf seine Taschenuhr. Richtig! Sein Magen hatte ihn nicht betrogen: es war Zeit, Brot zu essen.

„U-u-u-aba!“ brüllte Früh nach oben in die Finsternis des Weilers hinauf, seine Hände als Schalltrichter benutzend. Zwei Hauer hörte man dort oben picken und die vom Baugen losgerissenen Kohlen geräuschvoll in die Streda herunterpollern. Die Kohlenstücke schlugen an die das Gebirge haltenden Balken und wirbelten schwarzen Staub auf. Zwei gelbe Flammen flackerten schwach und bedeutungslos inmitten des schwarzen Staubes und der schwarzen Kohle. Zwei Menschen, schwarz wie Kohle, führten schweigend die stählernen Hauen auf und ab und rissen Stücke aus der Einheit des Fäßes heraus.

„Brotpause! Hörst du? Frühe ruft uns!“ sagte der Lehrhauer, legte seine Hauer beiseite und griff nach der Lampe. Der Hauer folgte seinem Beispiel. Sich an den Holzstützen haltend, glitten zwei grau-schwarze Menschenköpfe den Weiler entlang und rissen Stücke aus der Einheit des Fäßes heraus.

nach unten in die Streda. Zwei Flammen tänzelten in der pechschwarzen Finsternis und kamen sprungweise herunter.

Unten angekommen, betrachtete der Hauer prüfend den Kohlenhaufen und sagte: „Unser Früh ist heute flechtig gewesen; der Hauen ist nicht groß.“

Der Lehrhauer blühte hinunter auf den Weiler unter den Fäden und rief: „U-u-aba!“ erhielt aber keine Antwort. „Zum Vasieren sind unsere Nachbarn flinker als wir“, sagte der Hauer.

Die beiden Schritten tief vornüber gebeugt und den Kopf in die Schultern eingezogen in der niedrigen Streda, ließen sich in einiger Entfernung auf einen Gelschlasten nieder, packten die Brotstücken aus der Zeitung aus, kauten, schluckten schwarzen Kömmerlaffee dazu und schwiegen.

In der Ferne tauchte ein Licht auf, schwankte hin und her und kam näher.

„Vorlicht!“ rief Früh. Die zwei Schichten zogen die Beine ein und brühten den Körper flach an die Wand. Raselnd und lärmend rollte der Wagen vorbei.

„Brot essen!“ rief der Hauer.

„Ja!“ gab der davonellende Schlepper zurück und verlor sich mit dem Licht und dem raselnden Wagen in der Finsternis.

„Wird ein tüchtiger Bergmann werden?“ sagte der Hauer. „Nicht! Auch nicht!“ antwortete der Lehrhauer. „Ich ist ihm alles neu und hat Spaß an der Arbeit. Sobald aber der Reiz der Neuheit vorbei sein wird, wird auch die Arbeitslust nachlassen. Wer Arbeit kennt und sich nicht drückt, der ist verrückt.“

Der Hauer antwortete nicht. Was war hier auch zu sagen? Aber arbeiten mußte man dennoch, um nicht zu verhungern. Schweigend aßen die Kameraden das Brot, schauten starr vor sich hin und gingen jeder seinen Gedanken nach.

„Wo bleibt denn unser Früh?“ sagte plötzlich der Lehrhauer.

„Wird wohl seinen Hunger haben.“ Gleichgültig klang die Worte des Hauer. Und doch schauten zwei Augenpaare in der Richtung, wo in der Finsternis das Licht des Schieppers auftauchen mußte.

„Früh!“ schrie der Lehrhauer. Nichts rührte sich. „Geh! hole ihn!“ befahl plötzlich der Hauer. „Er hat die Brottaufe genau so innegehalten wie wir.“

Der Lehrhauer eilte davon. Hinter der ersten Biegung verschwand das Licht, und kaum war es weg, da tauchte es schon wieder auf.

„Ein Bruch!“ meldete atemlos der Lehrhauer. Ohne ein Wort zu sagen griff der Hauer nach seiner Lampe. Beide stiegen zurück nach der Stelle, wo noch vor einer Viertelstunde der Schlepper mit der Schaufel die Kohlen in den Wagen warf, und wo nach oben und nach unten die niedrigen, aber langen Weiler führten.

Kohlen und Steine wild durcheinandergewürfelt lagen in der Streda, waren aufgeföhnt zu einem Haufen und spritzten den Gang ab. Bergschicht leuchtete zwei hin- und herfliegende Flammen einen Durchgang.

„Er ist weg!“ sagte der Lehrhauer. „Furcht und der Wank, sie nicht zu zeigen, hing aus den Worten.“

„Ja!“ gab kurz der Hauer zurück. Und doch gab er noch nicht alle Hoffnung auf, denn laut laut schrie er: „Früh! — Früh!“

Oben der Schlepper gehetzt hatte oder nicht, aber das Gebirge ließ plötzlich regelmäßige Schläge hören. Man wachte nicht — wo, oben oder unten, weiß oder nicht, aber eins stand fest: er lebte noch.

Die Rettungsarbeit begann.

Drei Stunden später rollte ein grauer eiserner Wagen die Hauptstreda entlang zum Schacht und in die am Ende hinauf zu der Sonne. Im Wagen lag die verstaubte und beschmutzte Leiche des Schleppers Früh. Zu spät hatten ihn seine Kameraden erreicht.

Es war keine letzte Schicht.

## Stenka Razins Gefangennahme und Hinrichtung.

Stenka Razin, der Kosakenrebell, gebürtig zu den populären Figuren der russischen Volksgeschichte. Die Legende hat sich seiner bemächtigt und in zahlreichen Liedern lebt sein Andenken fort. Das belamteste dieser Lieder (Ja-za ostroba na strege), gewöhnlich nach dem Anfangsbuchstaben der dritten Strophe: Bolga, Bolga, mal' rodnaja zitel', ist neuerdings über die Grenzen Rußlands hinaus bekannt geworden. Die Revolution hat den Schatten des Räubers aus dem 17. Jahrhundert neues Blut verliehen.

Anfang der siebziger Jahre des 17. Jahrhunderts begann Stenka Razin's Stern zu erbleichen. Er hatte Mißerfolge, mußte fliehen, hatte alles verloren außer seiner Freisigkeit und seiner Brutalität. Sein Gegner, der Heiman Korotko Jakowlew, kühlte den Aufbruch der Stimmung aus. Er setzte sich mit Moskau in Verbindung und versprach, den Gedächtnis zu sängen. Der Zar lagte ihm militärische Unterstützung zu. Gleichzeitig knüpfte Jakowlew Verhandlungen mit Stenka Razin an und suchte ihn zu überzeugen, daß seine Rettung nur in der Barmherzigkeit des Zaren bestünde. Er, Jakowlew, habe einen Brief vom Zaren erhalten, in dem der Zar den Wunsch ausdrückte, Stenka Razin in Moskau zu sehen. Jakowlew wollte ihn begleiten und seinen ganzen Einfluß aufbieten, um Gnade für ihn zu erwirken. Stenka glaubte eigentlich diesen Versicherungen nicht, aber er fühlte sich verlassen und willigte ein. Auf der Reise wurde er und sein Bruder Frolka zuerst wie Gäste behandelt, aber je näher man Moskau kam, um so mehr kam die wahre Abicht zur Geltung. Man legte die beiden Brüder in Ketten, einige Wert vor der Stadt nahm man ihnen ihre reichen Gewänder und steckte sie in Lumpen. Stenka wurde mit Ketten belastet auf eine Karre geladen, der Bruder lief mit einer Kette um den Hals wie ein Hund hinterher. So zog Stenka Razin in Moskau ein; eine neugierige Menge hatte sich eingefunden, um den Mann, dessen Name allein die Bevölkerung weiter Landstriche in Schrecken bereitet hatte, zu sehen. Stenka blieb gleichmütig, nicht ein Muskel zuckte in seinem Gesicht.

Im Gefängnis angekommen, wurde er sogleich einem Verhör unterworfen. Er verweigerte jegliche Antwort. Darauf wurde er gefoltert, man quälte ihn auf alle erdenkliche Weise — man war in diesen Dingen nicht wenig erfinderisch — aber keine Qual war instand, ihm auch nur einen Laut, geschweige denn ein Wort zu entlocken. Die Henker wurden müde und machten sich über Frolka her, der weniger standhaft war und in seinen Schmerzen schrie. „Was bist du für ein Weib?“ fuhr ihn Stenka an. „Erinnere dich an das vergangene Leben! Lange haben wir ruhmreich gelebt, wir haben Tausende von Männern befehligt. Lassen wir uns jetzt das Unglück gefallen. Was! Das tut dir weh? Bist du ein Weib, daß du schreist wenn man dich blüht?“

Man mußte von ihnen ablassen. Schweigend hörte Stenka die Verhandlung des Todesurteils an. In der letzten Nacht verfaßte er, wie es heißt, im Gefängnis sein Testament; seine Leinwand, in roten Beinen; man solle ihn an der Kreuzung der drei Wege nach Moskau, Astrachan und Kiew, der Stadt der Heiligen, begraben. Zu seinen Häupten das Kreuz, das das Leben gibt, zu seinen Füßen seinen heiligen Sabel. Der Wanderer, der vorbeigehet, soll vor dem Kreuz ein Gebet legen und vor dem Sabel zittern. Der da ruhe, sei ein Abenteurer und Pandit; ein braver Kerl gewesen; Stenka Razin Fürst sei sein Name gewesen.

Auf dem Schafot hörte er laut die Verteilung des Urteils an. Bevor man ihm den Kopf abschchnitt, schlug ihm der Henker einen Arm und ein Bein ab. Kein Schrei, keine Bewegung, kein Zeichen des Schmerzes. Als Frolka seinen verstümmelten Bruder sah, schrie er: „Ich weiß ein Wort für den Zaren!“ Das bedeutete, daß er ein Geständnis ablegen wollte. „Schweig! Hand!“ rief ihm Stenka zu, dessen Kopf im selben Augenblick zu Boden sank.

Das Geständnis, das Frolka ablegen wollte, betraf einen Schatz, den Stenka auf einer Insel im Don verborgen hatte. Man suchte danach lange, aber vergebens.

# MESS MEND

Die Yankees in Leningrad

Copyright by Moderner Verlag, Wien 1924

Rotblond, elegant, in einem sandfarbigen Anzug, tadellos rasiert, mit Ausnahme des Halses, wo so viel Haare übrig blieben, um den Pantee-Stil zu wahren, — verbrachte Mr. Beal, am goldenen Ankauf seines Stodes, lufthend, die größte Zeit auf Ded. Sobald Mrs. Wassilowa auftauchte, pflegte Mr. Beal den goldenen Ankauf aus dem Munde zu nehmen, die umherliegenden Fässer, Kisten und Säde mit dem Stode zu berühren und einen Vortrag über deren Inhalt, Gewicht, Einkaufspreis und den zu erzielenden Gewinn zu halten. Mr. Beal nannte seine Rede einen öffentlichen Vortrag. Mit echt amerikanischer Ausdauer wiederholte er sie einige Male, bis er bemerkte, daß Mrs. Wassilowa in seiner Nähe stehen blieb und interessiert zuzuhören schien. Mr. Beal zog sofort den Hut und verbeugte sich.

Die junge Frau sah ihn aus ihren großen, weißblauen Augen an:

„Verzeihen Sie, Sir, aber Sie sind, glaube ich, ein Kenner des russischen Volks?“, fragte sie mit entzückender Bewunderung.

„Oh!“, antwortete Mr. Beal mit vieldeutlicher Miene.

„Admten Sie mir nich... (schüchternes Blid und Lächeln) „Können Sie mir nicht? (Die Weißblauen richteten sich nach unten, auf die Spitze ihres winzigen Schuhs) die gebräuchlichsten russischen Ausdrücke nennen?“

„Mit dem größten Vergnügen“, rief Mr. Beal, sich auf eine Waisliste (Hut) und ein Notizbuch herabbeugend:

„Wenn Sie z. B. in einer russischen Stadt sind... in ein Restaurant treten und ein russisches, nationales Gericht essen wollen... Erlauben Sie, daß ich Ihnen die Worte vorlese“, und Mr. Beal buchstabierte die Worte:

„Wan-ge, Kaf-le, Mann-lu-schen“

„Nein, nein!“, unterbrach ihn Mrs. Wassilowa mit einem leisen Seufzer, — ich wollte ganz andere Worte von Ihnen hören; wenn es Ihnen möglich ist, schreiben Sie sie mit mir

englischen Buchstaben auf, z. B. das Wort „Gatte“, dann das Wort: „Seien Sie vorsichtig!“

„Oh“, lächelte der Amerikaner südländer, „das sind sehr uninteressante Worte. Gatte heißt auf russisch — „Musch“, oder, wenn Sie zärtlich sein wollen, „Muschka“, und Ihre Warnung heißt so: „Butj ty ostroschnit!“

„Ich danke Ihnen“, lächelte freundlich die junge Frau, die Worte in ihr Notizbuch eintragend, „meiner Abtattung nach bin ich eine Russin, aber ich bin solange in Amerika gewesen, daß ich die Muttersprache ganz vergessen habe... Besonders jetzt, nach der Seckrankheit... Es ist eine sonderbare Krankheit, man wird so vergehlich, sogar wichtige Ereignisse, Personen und Daten entschwanden einem vollkommen...“

„Leiden Sie denn an Seckrankheit?“

„Des Nachts, wenn ich in meiner Kajüte bin“, murmelte Mrs. Wassilow verwirrt und entfernte sich, nicht ohne Mr. Beal mit einem bezaubernden Blid zu beschenken.

Sie war kaum zehn Schritte gegangen, als aus einer Waisliste in ihrer nächsten Nähe ein sonderbares Rechen ertönte. Sie suchte zusammen, wich zurück, aber aus dem dort stehenden Waisfak ertönte ganz deutlich ein menschliches Schnauben. Erschreckt stürzte sie auf einen Haufen von Säden zu, als auf einmal ein schwerer, gepreßter Seufzer an ihr Ohr schlug und einer der Säde sich zu bewegen begann. Das war für ihre empfindlichen Nerven zu viel. Sie bedeckte das Gesicht mit den Händen und lief die Treppe hinab in ihre Kajüte.

Mrs. Wassilowa hat eine sehr elegante Kajüte erster Klasse. Für einen solchen alten Rechen, wie es der Dampfer „Amelie“ ist, der mehr auf Warentransport, als auf Passagiere angewiesen ist, — ist das eine sehr nette Kajüte. Die weichen Möbel sind am Fußboden angeschraubt, Spiegel und Kleiderständer ebenfalls, allenthalben — große und kleine Teppiche und Vorhänge. Katja Wassilowa warf sich auf die Chaiselongue, streckte die Füßchen aus und verstränkte die Arme hinterm Kopf. Die kastanienfarbigen Waden entwandten sich der Prüflur und fielen in weichen, glänzenden Strahlen um ihre zarten, bleichen Wangen; die weißblauen Augen wurden dunkel, die Lippen verzerrten sich grimassvoll.

Katja Wassilowa alias Vivian Orton dachte daran, was sie in Kronstadt erwartete. Sie fuhr in ein verrücktes Land, das Tingsmaller das Große Land nannte. Sie fuhr zu einem Wolf, das Tingsmaller das geniale Ralf nannte. Aber weder das Land noch das Volk beschäftigten recht ihre Gedanken:

Sie dachte an den Mann, den sie in Kronstadt begegnen würde. Wenn es der richtige Wassilow sein sollte, dann wird sie auf ihn zugehen und sagen: „Auf in ostroschnit“. Wenn es aber Arthur Kodesfeller ist, dann wird sie mit zärtlicher Stimme „Muschka“ sagen und eine furchtbare Komödie — hoffentlich die letzte in ihrem Leben — anfangen...

Vivians Wimpern kanten müde auf die Wangen. Sie fränkte am Hof, — er töte sie sicherer als jedes Gift. Aber sie hatte noch ein anderes Gift, ein ganz echtes, das wie der Bliß wirkte: es war im Mechanismus ihrer kleinen, goldenen Uhr verpackt. Viviane dachte nicht daran, den jungen Kodesfeller damit zu vergiften, — dieses Gift bewahrte sie für sich selbst auf. Viviane wird alle Geheimnisse ihres Feindes aufspüren, seine Gedanken erfassen, seine Pläne erkennen und ihn in der Tiefe des furchtbaren Gefängnisses Wochen, Monate, Jahre hindurch schmachten lassen.

Ihre Wimpern zuckten gierig auf und um den reizenden Mund legte sich eine harte Falte.

Es klopfte an die Türe. Viviane sprang auf, und ihr Gesicht nahm den früheren, naiven Ausdruck an.

„Wer ist da?“

Im Spalt der Türe erschien der Kopf eines kleinen Mannes. Es war der Techniker Sorrow. Er trat ein, verstränkte die Arme hinterm Rücken und flüsterte belorgt:

„Leure Miß Orton, wir haben ein Radio aus Newport empfangen... von Micael Tingsmaller...“

„Und?“

„Seien Sie zu dem Schlimmsten bereit, Miß Orton. Ich vermutet ein Unglück. Er denkt, daß Wassilow getötet und an seine Stelle ein anderer getreten ist... Wer — das weiß ich nicht. Aller Wahrheitsliebe nach — Kodesfeller, das war wenigstens die Abicht der Verantwortlichen.“

Viviane antwortete nicht. Ihre Hände ballten sich krampfhaft zu Fäusten.

„Noch eins, meine leure Miß, — die „Amelie“ verspätet sich sehr. Wir werden erst morgen in Kronstadt sein. Der „Torpedo“ kommt gleichzeitig mit uns an. Wir haben durch Radio erfahren, daß „Torpedo“ mit der höchsten Geschwindigkeit gefahren ist. Dadurch hat er zwei Tage gewonnen.“

„Gut!“, erwiderte Viviane langsam, „seien Sie unbesorgt, Freund Sorrow, ich habe Ihre Ratsschläge nicht vergessen, ich kenne meine Pflicht, und ich werde sie erfüllen.“

(Fortsetzung folgt.)



# Betrieb und Werkstatt

## Nette Zustände.

**Jans-Heinrich-Schacht (Zuschauer) Welkstein.**

(Von unserem Betriebsberichterzatter.)

Unglaubliche Zustände herrschen auf genanntem Schacht. Ein Ausbeutungsdiktum, wie es wohl kaum auf einer Schachtanlage vorkommen kann. Bei den bis her geführten Lohnverhandlungen in Berlin erbrachte der größte Kampf um die Erreichung der Forderungen. Das gerade in dieser Beziehung der Jans-Heinrich-Schacht mit an erster Stelle steht, ist wohl jedem Arbeiter der Anlage bekannt. Es ist ja auch kein Wunder, denn mit welchem Zorn die Unternehmer gegen die Arbeiter vorgehen, und mit welchem Gedinge (Affordismus) sich hier die Arbeiter abfinden müssen. In jeder Beziehung. Unmensliches wird von den ausgebeuteten und abgemagerten Proleten verlangt. Dieses Treiben ist begleitet durch eine Behandlung seitens der Beamten, die unerbötlich ist. Am meisten tut sich hierbei hervor Steiger der Suhr von der 27. Abteilung (Stahlhelmhauptling). In jeder Beziehung seine Handlungsweise steht mit dem Programm seiner Partei, darüber mühen sich die Arbeiter etwas nachdenken. Kommen doch die Deutlichen in Wahlkampfen ihren Mund nicht weit genug aufreißen, von wegen und Arbeiterinteressen vertreten, und vor allen Dingen der Stahlhelm: "Bekämpfung des Kapitals, Judenbeschimpfung usw." Arbeiter, merkt ihr nicht? Dabei ist dieser Beamte noch so "rein" in seinen Redenarten, fast täglich brüllt er die Arbeiter an und wirft ihnen allerhand Lieblingen an den Kopf, wie: "Ihr saule Bande, ich schlag euch in die Freie, oder mit dem Kopf an die Wand" u. a. m. Wahrheitsliebend glaubt er, er hat die unerreichten Stahlhelmpläne vor sich (zur Ausbildung), es mag ihm wohl trotz seiner Agitation auf der Grube keine Mühe sein, der ihm diesen Dienst abnimmt. Herr Suhr, sind Sie deshalb so aufgebracht, daß Sie sich an den Arbeitern rächen wollen? Auch muß Steiger Suhr, als er noch im Arbeitsverhältnis geschanden hat, eine Minorität gewesen sein in Bezug auf Forderung, denn mag heute bei ihm arbeiten wer will, alle tun sie nichts beim zu wenig. Andere Abteilungsleiter haben wenigstens immer noch ein paar vernünftige Haue, aber Herr Suhr hat nur "Gehäuer". Daß Steiger Suhr eine totale Leistung aufbringt (im Alkoholgenuss), ist bald jedem Arbeiter des H.-S. Schachtes bekannt, mußte doch Herr Bergverwalter Beckmann widerholt den beurlaubten Steiger Suhr aus dem Dienst nach Hause schicken. Arbeiter, Kollegen, Augen auf, er nach so einem Drama und erteilt, wenn der artige Beamte, der so viel Arbeiterfreundlichkeit mit sich herumträgt, zu euch kommt, die richtige Antwort. Es gäbe ja noch einige, deren Rechnen der Arbeiterchaft gegenüber der Öffentlichkeit preisgegeben werden müßte, wie Steiger Fige und Fahrsteiger Kridau, aber für heute genug. Darum, Arbeiterkollegen, schließt euch zusammen, organisiert euch, trete in die KPD, lest die kommunistische Presse, welche nur allein eure Interessen vertritt, dann wird der Tag nicht mehr sein, wo wir derartige Beamte zum Teufel jagen werden.

## Ein Wertmeister als Prügelheld.

**Vorsigwert.**

(Von unserem Betriebsberichterzatter.)

Ein ganz hundsgemeiner Vorfall spielte sich im Vorfigwert. Abt. Walzwerkbetrieb Feinwalze ab. Der Wertmeister Schwaiger aus Hinderburg, der es hauptsächlich auf die rechtlosen Jungarbeiter abgesehen hat, behandelte die elden in Worten und Taten wie Hunde. Es war am Ende der Nachtschicht vom 4. auf den 5. d. Mts. Da der siebenjährige Jungarbeiter Schach aus Birubia, erköpft von der schweren Arbeit (Sehen von glühenden 85 Kilogramm schweren Platten und zwar 60 in der Stunde, wofür er für zehnminütige Arbeit 120 Mark erhält) diese Platte nicht mehr so kräftig ansetzen konnte, wie zu Beginn der Schicht, schmeißte ihn dieser "Vorzehle" in prunklicher Obrede wie folgt an: "Dah nicht, bedacht, welche Arbeit du machst, Kopna do nicht" (Zusatz: Wenn du nicht besser arbeiten kannst, habe ich dir in den Arsch). Da nun aber der Jungarbeiter nicht mehr konnte, schrie er auch keine Worte aus, und zwar so heftig, daß dieser sich vor Schmerzen kaum heben kann. Der Vorfall spielte sich vor der ganzen Belegschaft dieser Abteilung ab, keiner wagte aber, dem Meister entgegenzutreten bzw. den Gedanken an einen möglichen Streit zu merken, weil die Furcht vor Entlassung groß ist. Dies ist alles erst möglich geworden durch den Hinweis auf die Unmenslichkeit der Betriebsleiter, Jungarbeiter, daß es etwas mehr länger, schließt auch der hochschulische Jugend an, die nicht für eine Weile eintritt, und in welcher auch gelehrt wird, den Kampf gegen das Kapital und seine Stützen zu führen.

## Erwerbsloseneid in Gahnau.

(Von unserem Erwerbslosen-Berichterzatter.)

Die Zahl der Arbeitslosen vergrößert sich von Tag zu Tag. Die Preise fallen im Jahre nach und nach. Die Erwerbslosen sind immer unerschütterlicher. Wo bleibt die vom Erwerbslosen und dem SPD-Mann Redant Karl (von Weitz) nachher angeführte Solidarität? Welches ist der Grund für das Ausbleiben der Aktion? Ist der SPD-Mann Redant Karl hänge, daß er bei den Verhandlungen die Antwort bekommt, geht doch zu den Beamten und Kusstern? Oder ist die Aktion gar kein Erfolg? Wie sagte doch der Redant Karl in der letzten Versammlung, bei den Verhandlungen um die übliche Weihnachtsgeld, hätte der Arbeiter die Herren Erwerbslosen so bößlich betitelt, daß, wenn er sie wiedergesehen würde, den Erwerbslosen das Weihnachtsgeld verborben würde?

Erwerbslose verlangt von euren Erwerbslosen die sofortige Wiederaufnahme der Verhandlungen für die angelegte Lohnabfindung. Kampf mit uns Kommunisten für eine verbesserte Lebenslage, die Befreiung der arbeitenden Klasse.

## Herren im Hause.

**Reinigte Emhryn-Leppich abrit-Schmiedeberg.**

(Von unserem Betriebsberichterzatter.)

Die Herren im Hause dieser drei verantwortlichen Leiter der Vereinigten Emhryn-Leppich-Fabrik, weil der SPD-Betriebsobmann Fischer die Interessen seiner Kollegen so außer Achtlassung gut vertritt. Kurz vor Weihnachten mußten einige Abteilungen weil viel Bestellungen waren, drei Tag

11, Stunden arbeiten. Heute, wo die Aufträge fertiggestellt sind, entläßt man einfach und für die übrigen kürzt man die Arbeitszeit. Alles dies ordnet die Betriebsleitung an, ohne den Betriebsrat zu fragen, und der stramme SPD-Mann hält häufig das Maul, denn er war doch der erste, der zehn Stunden und noch länger arbeitete. Auf verschiedene Beschwerden der weit von auswärts kommenden Frauen, bei der langen Arbeitszeit doch wenigstens eine Stunde Mittag zu bekommen, antwortete dieser nette Herr:

"Ich bin in einer Viertelstunde mit dem Essen fertig."

Kollegen und Kolleginnen, wählt euch bei der kommenden Wahl Vertreter, die auch vor der Betriebsleitung geradestehen und eure Interessen vertreten. Laßt euch nicht abreden, ihr würdet keinen anderen dazu kriegen wie Fischer.

Zeigt, daß ihr noch keine Selbsten seid, handelt und wählt wie bisher, so viel Mut traut euch zu, daß ihr es besser macht wie bisher. Ermacht aus eurem Schlafe, tretet bei der KPD, die immer mit euch kämpft, lest die "Schle. Arbeiter-Zeitung", schreibt, was, wie und wo euch der Schuß brüht, tretet also wieder ein in die Freien Gewerkschaften und verlangt dort von euren Führern eine gesicherte Arbeitszeit von nicht mehr als 8 Stunden.

## Eine noble Firma.

**Zrangott Weik, Schmiedeberg.**

(Von unserem Betriebsberichterzatter.)

Die noble Firma hat in ihrem Betrieb viele Arbeiterinnen beschäftigt. Für die Garderobe wird denselben eine kleine Ecke an der Wand zugewiesen. Dieser Tage wurden nun einer jungen Arbeiterin dort aus der Tasche 23 Mark gestohlen. Der Betriebsrat, dem die Arbeiterin dies meldete und verlangte, derselbe solle bei der Firma beschreiben vorstellig werden, hatte den guten Rat für dieselbe: Sie sollte auch nur ja stille sein, denn wenn sie von der Firma Schadenerlag verlange, würde dieselbe nur zu schärferen Maßnahmen greifen, unter denen dann alle zu leiden hätten. Arbeiter und Arbeiterinnen, das ist die Sprache der KPD, immer denken, nur nicht mucken. Die arme Arbeiterin soll nun die 23 Mark ausgeben, damit nur ja alles im Lote bleibt. Die Firma muß Schadenerlag leisten, weil sie keinen abschließbaren Raum für die Garderobe zur Verfügung stellt. Wir verlangen vom Betriebsrat, der größtenteils aus sehr strengen SPD-Partei besteht, der Arbeiterin zu ihrem Recht zu verhelfen. Die anderen Arbeiter fordern wir auf, auf Grund solcher Vorwände die Konsequenzen zu ziehen, der KPD beizutreten, die aufrecht ihren Mann steht im Kampfe gegen die Unterdrücker. Lest die "Schle. Arbeiter-Zeitung", in der sich euer Leben in Betriebe abspizelt. Heraus mit der Volkszeitung, welche für solche Artikel keinen Platz hat.

# Unsere Werbewoche!

## Ausschneiden, aufbewahren und verwenden!

### Warum müssen wir neue Abonnenten werben?

Weil wir dadurch den Einfluß der Presse erweitern, ihr einwirkendes Fundament herstellen und so dazu beitragen, daß die Zeitung sowohl reichlich als auch inhaltlich ausgebaut werden kann. Weil wir so dazu beitragen können, daß der Abonnementspreis herabgesetzt werden kann. Weil wir durch den Gewinn neuer Abonnenten der Partei neue Mittelbeschaffungsmöglichkeiten schaffen, die abwärts handeln und uns in den neuen Kämpfen helfen werden, die die Kampfe siegreich zu bestehen. Je größer der Einfluß unserer Partei ist, desto größer ist auch der Einfluß

der Arbeiterklasse. Das tut in Schlesien, wo sich die Arbeiterchaft von Schwarzem, weisem und schwarz-rot-goldenen Massen irreführen läßt, besonders not.

Wenn wir unsere Abonnentenzahl erhöhen, schwächen wir dadurch den Einfluß der bürgerlich-sozialdemokratischen Presse, die das Proletariat heizt, betrügt und vom Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, vom Kampf um die Befreiung aus dem Joch der Sklaverei zurückhält.

### Wo und wie müssen wir werben?

Geworben muß vor allen Dingen im Betrieb werden. Beim Arbeitskollegen ist der geeignete Abonnementskandidat. Abonnementskandidaten nennt wir keine diejenigen Kollegen, die noch nicht Leiter der kommunistischen Partei sind, aber für diese geworden werden können. Neben den Arbeitskollegen kommen keine Nachbarn im Hause, die Proletarier sind, in Betracht. Auch keine Beamten. Geschäftleute kommen als Kandidaten in Betracht. Du wirst bei Beginn der Werbewoche vom Funktionär ein Verzeichnis von Abonnementskandidaten erhalten. Ihr lest euch der Zeit, oder die Liste mit den Adressen der Abonnementskandidaten erst einmal gründlich durch, erzieht euch in der Werbegruppe darüber, welcher von diesen Kandidaten wohl am schwierigsten sein wird — und macht den Anfang bei ihm. Wenn ihr ihn am vorhergegangenen Tage bereits mit Hilfe des Werbematerials "bearbeitet" habt, so könnt ihr heute mit dem Sturmangriff einlegen. Er wird natürlich allerlei Ausreden vorbringen: Er möchte die kommunistische Zeitung gern abonnieren, verdere aber zu wenig und könne es deshalb nicht, tun, so leid es ihm auch tut usw. Sagt ihm daraufhin, daß die Proleten, die für ihre Überzeugung auf Jahre hinaus ins Zuschauhaus in die Verbannung gehen, daß auch die vielen Erwerbslosen ein viel größeres Opfer bringen als ein volksheliger oder kurzarbeitender Prolet. Denn es fällt dem volksheliger oder kurzarbeitenden Arbeiter relativ doch leichter, 50 Pf. von Wochenlohn abzugeben, als einem Erwerbslosen 50 Pf. von der Unterernährung. Sagt ihm, daß von den 50 Pf. 10 Pf. für die Parteihilfe gezahlt werden. Weist ihn ferner darauf hin, daß Hunderttausende, Millionen valterer Leiter bereits dieses Opfer bringen, gern bringen — und daß er sich als Klassenbewußter Arbeiter nicht abwärts stellen darf, weil er dadurch dem Kapital helfe.

Kommt ihr aber zu einem Abonnementskandidaten hin, der euch sagt, daß er bereits eine andere Zeitung lese, dann fragt ihn, was dies dann für eine Zeitung wäre. Ist es eine bürgerliche, so müßt ihr ihm den Charakter dieser Zeitungen klarlegen, ihm zeigen, daß diese Zeitungen bezw. die Partei-

führt, die diese Zeitungen herausgeben, vom Kapital befreit sind: durch Ministerposten, durch Geldzuschüsse bezw. große Inseratenaufträge (siehe "Vollmacht"). Sagt doch selbst die Redaktion des Unternehmervorgans "Staat und Wirtschaft" von der bürgerlichen Presse:

... Die Erkenntnis, daß mit dem offensichtlichen Auftrag einer Zeitung für die Sonderzwecke der "Wirtschaft" nicht viel zu erreichen ist, scheint ein Einfluß zu gewinnen. Um so häufiger werden die Versuche, auf indirektem Wege auf die Haltung der Zeitung Einfluß zu gewinnen. Jeder Angehörige der Wirtschaft und der Presse weiß, wie diese Methode sich auszuwirken pflegt: in Bestellungen oder Drohungen gegenüber den Journalisten, in üppiger Vergebung von Anzeigen oder in abfälliger Worthaltung von Aufträgen, wenn nicht gar in Drohdrohungen gegenüber den Verlegern."

Ähnlich ist es mit der sozialdemokratischen Presse. Die Führer der SPD. sitzen in den Ausschüssen, in den Staatsämtern, auf den Regierungsebenen, sitzen an der kapitalistischen Futtertrüpe und sind deshalb auch dagegen, daß dieses kapitalistische System der Ausbeutung beseitigt wird, obwohl sie das frägen — bevor sie an die Futtertrüpen faulen — jahrzehntelange gefordert und darauf hingearbeitet haben.

Wenn euch gelagt wird, daß die kommunistische Presse nicht über so viel Dinge berichtet, wie die bürgerliche, so weist sie darauf hin, wie die bürgerliche Presse das berichtet, daß sie all den Ritzig bringt, um den Proleten das Hirn zu verflüßeln und in ihm den Willen zum Kampf gegen den Kapitalismus abzutöten.

Es ist schade um jeden Pfennig, den er für die bürgerliche Presse ausgibt, weil er dieses im Schweige seines Angeichts erworbene Geld seinem Klassenfeind in den Rachen wirft und auch noch obendrein den "Honig" bezahlt, den ihm die bürgerlichen Pressekapitalisten um die Baden schmecken. Je größer die Abonnentenzahl der kommunistischen Presse ist, desto umfangreicher und reichhaltiger kann sie herausgegeben werden.

## Alle Mann an Bord!

Es hat sich gezeigt, daß bei den früheren Werbewochen nur ein Teil der Genossen und Genossinnen zum Generalappell antraten. Diesmal müssen alle Genossen ansetzen! Keiner darf nächste Woche fehlen. Da müssen wir alle Kräfte ins Feld führen und einsetzen. Fort mit der Einheit und Redigkeit! Der Schluß aus den Tag zu ziehen, die Mission empfangen, der Eintritte unter das Rind und drauf und drauf! Jeder erst-

fälle freudig seine Pflicht, damit er am Ende des Großwerbetages nicht sagen braucht:

Mich reut mein alzu spät erkanntes Amt!  
Mich reut, daß mir zu schwach mein Herz gekammt!  
Mich reut, ich beicht es mit pernickeltem Sinn —  
Daß ich am ersten Werbetage nicht eifriger gemeldet bin.

## Ein sympathisierender Arbeiter für Betriebsberichterstattung.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Nachdem ich in letzter Zeit die Abhandlungen betreffend Arbeiterkorrespondenzen gelesen, hatte ich erwartet, daß auch hier ein SPD-Genosse dazu bestimmt werden würde. Aber bis jetzt ist von Schmiedeberg nichts zu finden, es scheint also den Arbeitern gut zu gehen. Ich werde versuchen, ihn und wieder einen Bericht zu schreiben, so gut ich es imstande bin. Ich bin Leser der Zeitung seit 1920 und habe in den letzten Jahren schon verschiedenes eingeklappt unter "Memo. W. G."

SPD-Genossen in Schmiedeberg und anderen Orten, wollt ihr Euch von einem parteilosen Arbeiter beschämen lassen? Bestimmt sofort in jedem Betrieb einen Genossen, der verpflichtet wird, an die kommunistische Presse über Betriebsangelegenheiten zu berichten.

## Sozialdemokratischer Wahlverein oder Freie Gewerkschaft?

In der letzten Bauarbeiterversammlung wurde ein Antrag des Ortsrats beschlossen. Dieser Antrag soll jeden Parteidelegierten verpflichten, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und Leser des sozialdemokratischen Volksblattes zu sein. Dieser Antrag wurde von dem Reformisten Seeliger und dem Herrn Gewerkschaftsangehörigen Brand aus Bunzlau befürwortet. Wäre es nicht besser, den Antrag lautete: Ausschluß sämtlicher Kommunisten aus dem Gewerkschaften? So steht die Einheitsfront der Amsterdamer aus. J. a. h. n. a. u. e. s. Bauarbeiter, aufgewacht! Laßt aus euren Gewerkschaften nicht einen sozialdemokratischen Wahlverein machen. Beschaut euch die bestohene Sozialdemokratie mal etwas genauer. Eine solche Partei, welche sich vom Unternehmertum bestechen läßt (20 000 Mark für die Dezemberahlen 1924) und zweidrittel Goldmillarden dem Ruhrkapital in die Hände spielt, ist nicht fähig, eine klassenbewußte Arbeiterchaft zu vertreten. Darum wendet euch ab von diesen Elementen, schließt euch der kommunistischen Partei an, nur diese kämpft für die wahren Arbeiterinteressen.

## Vorstandssitzung der Bauarbeiterinternationale.

Am 12. und 13. Februar findet in Amsterdam eine Tagung des Gesamtverbandes der Bauarbeiter-Internationalen statt. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung stehen u. a. folgende Punkte: 1. Zusammenschluß der Berufsinternationalen der baugewerblichen Arbeiter; 2. Förderung der Bauarbeiterorganisationen in Frankreich, Italien, Jugoslawien und Rumänien; 3. Die Organisationsverhältnisse der Bauarbeiter in der tschechoslowakischen Republik sowie die Wahl des Tagungsortes für die VII. Konferenz.